Nachgehakt

Neues Paket für ein altes Problem: den Lärm

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat ein zweites nationales Verkehrslärmschutzpaket vorgestellt. Demnach soll der Lärm in den kommenden Jahren deutlich reduziert werden. In Baden-Württemberg wird derweil an Aktionsplänen gearbeitet.

Von Eva Maria Schlosser

Was ist im Verkehrslärmschutzpaket vorgesehen?

Lärm macht krank. Deshalb wurde in den vergangenen Jahren verstärkt Stellung für Lärmschutzmaßnahmen bezogen. Auf Bundesebene etwa wurde bereits im Jahr 2007 ein erstes Lärmschutzpaket vorgestellt. Im Fokus standen dabei Verkehrswege und Transportmittel. Vorige Woche präsentierte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) nun das Verkehrslärmschutzpaket II. Demnach sollen bis zum Jahr 2020 Lärmbrennpunkte entlastet werden und die Belastung durch Verkehrslärm soll trotz steigenden Verkehrsaufkommens reduziert werden. Vorgesehen ist, den Fluglärm um 20 Prozent zu mindern, den Lärm im Straßenverkehr und der Binnenschifffahrt um 30 Prozent und den im Schienenverkehr um 50 Prozent .

Wie sollen die Ziele erreicht werden?

Das Konzept enthält viele Vorschläge und Vorgaben. Eine der wichtigsten ist wohl, dass voraussichtlich ab 2011 die sogenannten Sanierungswerte um drei Dezibel gesenkt werden sollen. Das bedeutet, dass eine Bundesstraße oder Autobahn saniert wird, wenn der Lärmpegel bei Tag 67 Dezibel und bei Nacht 57 Dezibel überschreitet. Bis zum Jahr 2020 stehen dafür zusätzlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

„Das wäre eine deutliche Verbesserung“, sagt Günter Mezger, Leiter des Referats „Gebietsbezogener und verkehrsbezogener Immissionsschutz, Lärm“ im Landesumweltministerium: „Es würde eine Halbierung des Verkehrs bedeuten.“

Zudem ist geplant, dass auch die Fahrzeuge selbst leiser werden. Das will Tiefensee etwa durch die Senkung der Grenzwerte für Reifen erreichen. Außerdem soll ein lärmabhängiges Trassenpreissystem für Güterzüge eingeführt werden. „Wer veraltete, quietschende Loks und Waggons einsetzt, wird stärker zur Kasse gebeten“, erklärt der Minister.

Welche Maßnahmen im Bereich Verkehrslärmschutz gibt es bereits?

Zu jeder Lärmart existieren Gesetze mit speziellen Regelungen, Zuständigkeiten und Richt- sowie Grenzwerten. Die EU-Umgebungslärmrichtlinie etwa, welche im Juli 2002 in Kraft trat, legt ein europaweit einheitliches Konzept fest, um vorzugsweise schädliche Auswirkungen durch Umgebungslärm zu verhindern, zu vermeiden oder zu mindern. Darin ist eine Pflicht zur Erfassung der Lärmbelastung durch Umgebungslärm festgeschrieben. Die Ergebnisse müssen in Form von Lärmkarten dargestellt werden. Das ist in Baden-Württemberg größtenteils geschehen.

Die Lärmaktionspläne, die Städte und Gemeinden auf der Basis der Karten erstellen sollen, lassen zum Teil allerdings noch auf sich warten. Mehr als 60 seien in Arbeit, so Mezger: „Erst wenn wir wissen, was auf uns zukommt, kann auch ein Lärmschutzkonzept für Baden-Württemberg erstellt werden.“

Gibt es Kritik an Tiefensees Konzept?

„Das Paket ist in sich schlüssig“, stellt Mezger fest: „Aber viel Neues enthält es nicht.“ Er vermisse einen Finanzierungsvorschlag, den Vertreter aus einigen Bundesländern mit Staatssekretären aus den Bundesministerien für Umwelt und Verkehr ausgearbeitet haben. Demnach sollen Sanierungsmaßnahmen zum Lärmschutz an stark belasteten Straßen in Kommunen jeweils zu einem Drittel von Bund, Land und Kommune bezahlt werden. Derzeit kommen Städte und Gemeinden dafür auf.

Der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege, kritisiert am Konzept, dass für die Umrüstung von rund 5000 Güterwaggons mit der sogenannten Flüsterbremse bereits im vorigen Jahr Haushaltsmittel vorgesehen gewesen seien – doch nichts sei geschehen. Nun liege der Antrag in Brüssel und die EU-Kommission prüfe, ob es sich um unerlaubte Subventionen handelt. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bahnindustrie in Deutschland, Ronald Pörner, befindet, die „Mittelausstattung des Programms“ sei „schlicht zu wenig“. Und Winfried Hermann, Verkehrsexperte der Grünen im Bundestag, spricht gar von einer „billigen PR-Aktion“.

Verkehrslärm in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es viel Verkehr – eigenen wie auch europäischen Transitverkehr. Und so fühlen sich rund 60 Prozent der Bevölkerung durch Straßenverkehr belästigt. Lärmquellen sind neben dem Motorengeräusch auch Fahrbahnbelag und Reifen.

Nach dem Straßenverkehr landet Fluglärm in Umfragen meist auf Platz zwei der störenden Lärmquellen. Im Land gibt es drei Flughäfen mit überregionaler Bedeutung und 164 zivil genutzte Flugplätze. Außerdem nimmt der Schienenverkehrslärm zu: Nach einer Prognose im Bundesverkehrswegeplan wird der Personenverkehr von 1997 bis zum Jahr 2015 um 32 Prozent zunehmen, der Güterverkehr um 103 Prozent.

Der Lärm durch Straßen- und auch durch Flugverkehr soll in den kommenden Jahren deutlich reduziert werden. FOTO: DPA

Kurz notiert

20 Millionen Euro pro Jahr für Feuerwehren

STUTTGART. Für Investitionen bei den Feuerwehren der Kommunen stellt das Land in den nächsten vier Jahren jeweils 20 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld stammt aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer, die im laufenden Jahr 40 Millionen Euro und von 2010 bis 2013 jeweils 45 Millionen Euro betragen. Außerdem werde daraus der Neubau der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal finanziert, heißt es in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der SPD. **(lsw)**

Harte Strafen gegen Twitterer bei Wahlen gefordert

STUTTGART. Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, fordert ein schärferes Vorgehen gegen die Veröffentlichung von Wahlprognosen über den Internet-Kurznachrichtendienst Twitter. „Der Gesetzgeber sollte sich überlegen, ob er die Sanktionen für solche Twitterer nicht erhöht“, sagte er. Bei den Landtagswahlen am vorigen Wochenende wurden vorab Prozentzahlen verbreitet. **(ddp)**

Kritik an Organisation der Landesinformationstechnik

KARLSRUHE. Die obersten Rechnungsprüfer im Land fordern eine Neuorganisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK). Derzeit seien weder die Kosten transparent, noch würden die Ressourcen wirtschaftlich eingesetzt. Nach Schätzungen würden 500 Millionen Euro pro Jahr für die IuK ausgegeben, hieß es. Die Prüfer in Karlsruhe meinen, dass 40 Millionen einzusparen sind. **(sta)**

Land als Standort für Endlager nicht ausgeschlossen

STUTTGART. Ob der Südwesten als Endlager-Standort für Atommüll in Frage kommt, steht aus Sicht des Präsidenten des Bundesamts für Strahlenschutz noch nicht fest. „Es ist noch unklar, ob der Opalinuston in Baden-Württemberg geeignet ist“, sagte Wolfram König nun in Stuttgart. **(lsw)**

Gastbeitrag

Wie Bürger und Berater einen softwaregestützten Weg durch den Paragrafendschungel finden

„Bürgerberatung 2.0“ heißt die in Sindelfingen getestete Lösung / gemeinsame Bedienung an Touchscreen

KEHL/SINDELFINGEN. „Bürgerberatung 2.0 – Neue Wege in der öffentlichen Verwaltung?“ Unter dieser Überschrift startete im Frühjahr 2009 ein Forschungsprojekt mit dem Ziel, einen Prototyp zur IT-gestützten Hilfestellung bei der Beratung von Bürgern zu entwickeln. Projektteilnehmer waren die Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, die Stadt Sindelfingen, die Universität Zürich und die Datenzentrale Baden-Württemberg.

Birgit Schenk,
Professorin für Verwaltungsinformatik, Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl

Kommunen teilweise nicht als kundenfreundlich wahrgenommen

Viele Fortschritte im Bereich der Bürgerinformation und der kommunalen Dienstleistungen wurden in den vergangenen Jahren erreicht: längere Öffnungszeiten, Online-Informationen, Bürgerservice als zentrale erste Anlaufstelle. Trotzdem nehmen noch nicht alle Bürger ihre Kommune als kundenfreundliche und flexible Einrichtung wahr. Starke Arbeitsteilung, Datenschutzbedenken und die Fragmentierung der Datenbestände aufseiten der Behörden lassen Rundum-Dienstleistungen bisher nicht zu, wie sie im kommerziellen Bereich üblich sind. Föderale Strukturen erhöhen die Komplexität. Viele Bürger zeigen sich bei der Suche nach behördlichen Informationen im Internet überfordert. Außerdem tun sie sich schwer damit, zu überprüfen, ob die Informationen aktuell und vollständig sind.

Ein erster Schritt zu mehr Bürgernähe war die Service-Plattform des Landes, www.service-bw.de. Eine Umfrage im Herbst 2008 bei rund 300 Personen aus Baden-Württemberg im Alter zwischen 20 und 28 Jahren ergab jedoch, dass nur eine Person diese Website, bedingt durch ihren beruflichen Alltag, kannte.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Verarbeitung der Informationen und den Schlussfolgerungen für das eigene Handeln. Informationen müssen miteinander in Beziehung gebracht, analysiert und ausgewertet werden. Ein Beispiel hierzu ist das Elterngeld. Es finden sich leicht Informationen darüber, wann es wo mit welchem Formular zu beantragen ist. Daraus den Schluss zu ziehen, dass es sinnvoll sein kann, noch während der Schwangerschaft die Steuerklasse zu wechseln, da sich die Unterstützung nach dem Einkommen der Mutter richtet, ist jedoch alles andere als leicht.

Deshalb wurde im Projekt auf eine persönliche Erstberatung Wert gelegt. Zugrunde gelegt wurden zwei Lebenssituationen: „Werdende/Junge Familie“ und „Neubürger in der Stadt“. Der Prototyp, der gezielt für die Lebenslage „Werdende/Junge Familie“ entwickelt wurde, ermöglicht dabei eine neue Form der Beratung, die kooperative Beratung. Dabei sitzen Bürger und Berater gemeinsam am Computer und geben ihre Angaben über einen Touchscreen, also durch Berührung des Bildschirms, ein.

Die Software reduziert das vielfältige und umfassende Datenmaterial aus unterschiedlichen Bereichen auf lediglich vier relevante Rubriken: Termine (Wann ist was zu tun?), Ort (Wo finde ich was?), Informationen (Welche sind für mich zutreffend und relevant?) und Anträge (Was muss ich tun?).

Dabei kann sich das System an der individuellen Logik der Anwender orientieren. Manche Menschen denken in Mindmaps, andere in Tabellenstrukturen und Zeitabläufen oder auch einfach kreuz und quer – das System wird allen gerecht. Die Anwender können ihrem Informationsbedürfnis und dessen intuitiver Erarbeitung folgen. Eine individuell an die Bürgerinnen angepasste Beratung ist möglich, die Berater können stärker im Gespräch bleiben und sind nicht von einem System gelenkt und gesteuert.

Programm erhält Lob für Struktur und Übersichtlichkeit

Die Tests mit 15 Bürgerinnen und acht Beraterinnen brachten unerwartet positives Feedback. Gelobt wurden durchgängig die Einfachheit in der Bedienung, die Struktur und die Übersichtlichkeit beim Erarbeiten der Lösung. Eine Bürgerin meinte: „Wir haben unsere Kinder zu früh bekommen! Wir mussten noch mühselig alles zusammensuchen.“

Mitarbeit: Margit Gäng, Stadt Sindelfingen

Lebensarbeitszeit der Landesbeamten steigt

Pensionierung im Schnitt mit 62,2 Jahren

STUTTGART. Die Beamten des Landes arbeiten wieder länger. Der Trend zur Frühpensionierung ist nach Angaben von Finanzminister Willi Stächele (CDU) gestoppt. „Es ist uns gelungen, eine deutlich steigende tatsächliche Lebensarbeitszeit bei den Beamten zu erreichen“, sagte er in dieser Woche in Stuttgart. Die Staatsdiener im Südwesten seien im vergangenen Jahr im Durchschnitt mit 62,2 Jahren in den Ruhestand gegangen – und damit zwei Jahre später als noch vor zehn Jahren. Die Zahl der Pensionäre, für die das Land finanziell aufkommen muss, wächst dennoch.

Vonseiten des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) wurde ein Sonderprogramm gefordert, damit auch ältere Beamte noch gesund ihrer Arbeit nachgehen können. Dann könnten sie auch freiwillig länger arbeiten, sagte DGB-Landeschef Rainer Bliesener. Nach Angaben des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) gehen viele Lehrer krankheitsbedingt vorzeitig in Pension – die Arbeit in den Schulen sei schwieriger geworden.

Stächele sagte, das Pensionsalter sei vor allem deshalb gestiegen, weil das Versorgungsniveau stufenweise von 75 auf 71,75 Prozent der zuletzt bezogenen Besoldung abgesenkt wird. Außerdem werde die Pension gekürzt, wenn Beamte vorzeitig in Ruhestand gehen. Wer die sogenannte Antragsaltersgrenze von 63 Jahren in Anspruch nehme, muss einen dauerhaften Versorgungsabschlag von 3,6 Prozent pro Jahr des vorzeitigen Ausscheidens hinnehmen.

Das Renteneintrittsalter liegt laut Stächele im Durchschnitt bei 60,7 Jahren und damit deutlich unter dem durchschnittlichen Pensionsalter im Land. **(lsw)**

Wegen der Belastung an Schulen werden viele Lehrer frühpensioniert. FOTO: DPA